

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt

Anzeiger



Das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Hohenstein-Ernstthal mit Sättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Collenberg, Grumbach, Zirschheim, Ruchschappel, St. Egidien, Wülfenbrand, Grina, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 14.25 Mk., monatlich 4.75 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 15.15 Mk., monatlich 5.05 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Kernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.
Postcheck-Konto: Leipzig 28464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgehaltene Korpusgröße 75 Pfg., auswärts 75 Pfg., im Reklameteil 2.00 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßige Nachlässe. Anzeigenaufgabe durch Kernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Der zwangsweise Einbruch der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalls gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 181

Freitag, 6. August 1920

70. Jahre

Der Reichstag nimmt das Entwaffnungsgesetz an.

Berlin, 5. August.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzesentwurfes über die Entwaffnung der Bevölkerung.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.) legt noch einmal den ablehnenden Standpunkt seiner Partei dar und weist darauf hin, daß die deutsche Arbeiterschaft unter keinen Umständen dulden werde, daß Ententetruppen zum Kampfe gegen die Sowjetregierung durch Deutschland hindurchgeführt werden. (Die Unaufmerksamkeit des Hauses ist so groß, daß der Präsi den wiederholt zur Ruhe mahnen muß.)

Außenminister Dr. Simons gibt die weiteren mitgeteilte Erklärung ab.

Abg. Stellung (Soz.): Das Gesetz ist notwendig. Wir können nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß durch ein Scheitern des Gesetzes die Vereinbarungen von Spa wieder in Frage gestellt werden.

Abg. Frau Zetkin (Komm.) lehnt die Vorlage als Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter ab.

Abg. Burlage (Str.) bedauert diese Erklärung und spricht seine Befriedigung aus, daß jetzt doch eine breitere Basis für die Annahme der Vorlage vorhanden sei.

Zu § 1 wird ein Zusatz angenommen, wonach von der Waffenablieferung nur die Reichswehr und die zur Ausübung ihres Berufes mit Waffen versehene Beamtenschaft befreit ist. Die Bestimmung des § 2, wonach der Reichskommissar jenseits der militärischen und polizeilichen Organisationen von der Ablieferungspflicht befreit wird, wird abgelehnt. Gemäß § 6 a bekommt der Reichskommissar einen vom Reichstag gewählten Beirat von 15 Personen. Der geschilderte § 9 über die Befugnisse des Reichskommissars wird in der Fassung angenommen, daß er Bestimmungen über Quartierleistungen und Naturalleistungen für die Sicherheitspolizei und andere von ihm herangezogene Hilfskräfte zu erlassen hat. Das Recht des Reichskommissars, die Abgabe edelstahllicher Verhinderungen zu verlangen, wird ebenfalls wiederhergestellt.

Nach Beendigung der Einzelberatung erklärte Abg. v. Gallwitz (Deutschnat.), daß die Mehrheit seiner Freunde für die Vorlage stimmen werde, weil sie im Sinne der Abmachungen von Spa liegt und zur Ruhe und Ordnung im Innern beitrage. Ein Teil der Deutschnationalen lehne das Gesetz ab, nicht, weil sie gegen den Entwurf seien, sondern weil sie die Gewähr einer gerechten Ausführung des Gesetzes für gering halten.

In der Gesamtberatung wird das Gesetz mit großer Mehrheit gegen die Unabhängigen, gegen die Banische Volkspartei und einzelne Deutschnationalen angenommen.

Darauf wird die Aussprache über die sozialdemokratische Interpellation, betreffend

Arbeitslosigkeit

und über den Antrag der Unabhängigen zur Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge fortgesetzt.

Abg. Andree (Str.) fürchtet im Gegensatz zum Arbeitsminister, daß die Krisis zwar lange dauern wird, pflichtet aber vollkommen seinem Appell an die Unternehmer bei, sich jetzt mehr als jemals ihrer sozialen Pflichten bewußt zu sein und keine Arbeiter ohne dringende Not zu entlassen.

Abg. Lam bach (Deutschnat.): Der Mangel an brenn- und ausländischen Rohstoffen ist der Grund der Arbeitslosigkeit. Durch die Schwankungen der Valuta sind alle wirtschaftlichen Grundlagen erdbebenartig erschüttert. Wir sind zu einem Arbeitsmangel geworden gegenüber den Arbeitgebervätern der Entente. Um die deutsche Arbeit nicht zu schädigen, wird mit Einfuhrbewilligungen für ausländische Fertigfabrikate vorsichtig umgegangen werden müssen.

Arbeitsminister Braun: Das reale Einkommen des ganzen deutschen Volkes ist gesunken. Das ändert aber nichts daran, daß die Arbeiter relativ besser dastehen als viele andere Volksteile, z. B. die meisten Beamten und Ma-

demitar. Eine Gleichstellung der Frauen mit den Männern ist bezüglich der Arbeitslosenunterstützung nicht erforderlich, weil in der Tat nach statistischen Feststellungen der Nahrungsbedarf der Frauen im Durchschnitt geringer ist als der des Mannes. Den Wünschen der Linken bezüglich der Kopfarbeiter wollen wir durch eine anteilige Zuzahlung des Unterhaltungsbeitrages entgegenkommen. Die deutsche Rohstoffwirtschaft soll planmäßig gesteigert werden. Bezüglich der Sozialisierung stehen wir auf dem Boden der Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates vom 24. Juli.

Abg. Moldenhauer (Deutsche Volksp.): In dem Antrage der Unabhängigen sind Gesichtspunkte enthalten, über welche sich diskutieren läßt. Jedenfalls sind wir dagegen, daß die Arbeitslosenunterstützung wahllos gewährt wird. Die Arbeitslosenunterstützung darf schließlich nicht zu einer Ausweitung durch die Arbeiter selbst werden.

Abg. Erkelenz (Dem.): Bei der Arbeitslosenunterstützung würde zu erwägen sein, inwieweit sie unmittelbar in Naturalien geleistet werden kann. In den Ausbau des Reichsarbeitsnachweises darf man nicht allzu große Hoffnungen setzen. Wir hoffen, daß der sozialpolitische Ausschuss für die Erwerbslosenfürsorge brauchbare Richtlinien aufstellen wird.

Abg. Jaud (Bayer Volksp.) tritt insbesondere für das Handwerk ein, dem aus den Reichsbeschlüssen mangelnde unbeschäftigte Arbeiter erwachsen. Der Arbeitslosigkeit müsse man Herr zu werden versuchen, sonst sei eine wirtschaftliche Katastrophe unabwendbar.

Abg. Kaiser (Soz.): Die Zusicherungen des Ministers haben nicht die Tragweite, um Millionen von Menschen zu beruhigen. Der Redner wendet sich dann den Angestellten auf den Reichstagsabend zu. In der verletzten Arbeitszeit liegt die Gewähr für die Steigerung der Arbeitsintensität. Durch die Verlängerung der Arbeitszeit würde auch das Heer der Arbeitslosen vermehrt. Die Hauptsache ist die Bezahlung der Arbeit, denn jede Warte, welche die Arbeitslosenunterstützung vermindert, ist unrettbar verloren.

Abg. Frau Zetkin (Komm.) tritt für die Gleichstellung der Frauen mit den Männern in der Höhe der Unterhaltungsätze ein.

Abg. Malzahn (Unabh.): Der Motor des Wirtschaftslebens ist nicht der Kapitalismus, sondern die Volkswirtschaft. Die kapitalistische Wirtschaft ist unfähig, den eigenen Volksbedarf zu decken. Arbeitsminister Braun: Das Reich wird 35 Millionen Mark für diejenigen dauernd Erwerbslosenen zur Verfügung stellen, welche Angehörige zu versorgen haben. Diese 35 Millionen werden den Einzelarbeitern zur Verteilung überwiehen werden, in der Voraussetzung, daß auch sie noch einen Zuschuß gewähren, so daß man im ganzen zu einem Fonds von 60 Millionen kommt.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag der Unabhängigen wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Präsident Lohde erwidert und erhält die Ermächtigung, den Tag und die Tagesordnung der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen. Er hofft, daß die Ereignisse jenseits der Grenzen, die Beratungen in Genf und die inneren Verhältnisse es nicht nötig machen werden, den Reichstag früher einzuberufen, als es in normalen Zeiten üblich sei. Er wünscht den Mitgliedern gute Erholung.

Simons über unsere Neutralität.

In Reichstag erklärte bei der dritten Lesung des Gesetzesentwurfes für Ent waffnung der Bevölkerung, zu welchem die Regierungsparteien eine Reihe von Kompromissanträgen eingebracht haben, Reichsminister Dr. Simons:

Der Friedensvertrag und Spa verpflichten die deutsche Regierung, eine solche Maßnahme zu ergreifen, wie der Entwurf sie enthält. Diese unsere Pflicht darf nicht sabotiert werden. Der Anfang der Gewalt des Reichskommissars für die Entwaffnung unterliegt der Kontrolle des Reichstages, er ist also kein Diktator. Die neuen Anträge der Regierungsparteien sind das äußerste, dem die Regierung zustimmen könnte. Der Kommissar wird eine schwere Aufgabe haben. Er wird die unbedingte Parität bei seinem Vorgehen wahren müssen und wird auf die

innere und äußere Lage der deutschen Wirtschaft Rücksicht nehmen müssen. Die Wirtschaft dürfen sich einerseits nur in der Hand des Reichs befinden, andererseits sind diese Wirtschaftsmittel durch das Protokoll von Spa bestimmten Wirksamkeit unsere Neutralität aufrecht zu halten. Die Entente hat ein Interesse, Truppen durch Deutschland nach dem Osten zu senden. Wenn es sich bewahrheiten sollte, daß bereits Vorbereitungen hierzu im besetzten Gebiet getroffen würden, so werde damit die deutsche Neutralität verkehrt, denn ob unbekett oder bekehrt, deutsches Gebiet bleibt deutsches Gebiet, und kein Gebietsteil einer neutralen Macht darf zu Truppenbewegungen benutzt werden. Wir werden unsere Neutralität mit allen Mitteln zu schützen versuchen. Ich habe gestern eine sehr ernste Unterredung mit dem Geschäftsträger der französischen Republik über die Flaggenfrage gehabt. Diese Frage ist noch nicht entschieden. Ich bitte also, alles zu vermeiden, was die gespannte Situation noch verschärfen könnte. Ich selber werde alles tun, um die Spannung nicht zur Entladung kommen zu lassen. (Beifall.)

Notenwechsel über die Flaggenfrage.

Die Flaggenfrage ist Gegenstand eines Notenwechsels zwischen der französischen Botschaft und der deutschen Regierung. Letztere hofft, Mittel und Wege zu finden, die aus der Flaggenangelegenheit entstehende Spannung im Sinne der Völkerverständigung zu erledigen.

Die Lage im Osten

wird heute durch die nachstehenden zwei Meldungen, die allerdings nicht ganz klar befristet sind, Licht gebracht:

Keine Ententehilfe für Polen?

Der Londoner Daily Herald* erzählt, daß die Alliierten endgiltig darauf verzichtet hätten, Polen militärisch zu Hilfe zu kommen. Eine Bestätigung dieser Meldung bleibt abzuwarten.

Rußland lehnt neue Waffenstillstandsverhandlungen ab.

Eine Havas-Depesche meldet Donnerstag mit tag: Die Russen haben durch Zuspätkommen die Wiederannahme der Waffenstillstandsverhandlungen mit den Polen, die für Freitag vorgesehen waren, abgelehnt und verlangen vorher Erklärungen über die den Polen gegebenen Grundzüge zur Friedensbesprechung.

Havas bemerkt dazu: Der russische Zuspätkommen verzögert nicht allein die Wiederannahme der Waffenstillstandsverhandlungen, sondern schafft auch eine unvermeidbare ernste Lage.

Neuer polnischer Hilferuf.

„Matin“ meldet aus Warschau: Der polnische Staatsrat hielt Mittwoch Nacht eine Sonder Sitzung ab, um die Lage an der Front zu beraten. Diese wird allgemein als in den letzten achtundvierzig Stunden kritisch geworden angesehen. Es wurde Widerstand bis zum letzten beschloffen, gleichzeitig aber ein neuer dringender Hilferuf an alle alliierten Kabinette gerichtet nach Beschleunigung der den Polen zugesicherten Hilfe.

Eine Koalition für nationale Verteidigung.

Nach einer Warschauer Meldung hat das Zentralkomitee der polnischen Sozialisten den Beschluß der Parteileitung, sich an einer Koalitionsregierung für nationale Verteidigung zu beteiligen, gutgeheißen. Das Komitee fordert in einer öffentlichen Erklärung zum Widerstand gegen den bolschewistischen Einfall in Polen auf.

Ostpreußen bedroht?

Mit Rücksicht auf die Rede des Außenministers hatten die Unabhängigen im Reichstage beantragt, die Vertagung zunächst noch hinaus zu schieben und den Reichstag zusammen zu lassen, weil man nicht wüßte, welche internationalen Entwicklungen die nächsten Tage noch bringen könnten. Der Aussenrat hat diesen Vorschlag abgelehnt. Für alle

Fälle steht ja der Regierung der Ausschuh für auswärtige Angelegenheiten zur Verfügung. Um die besonderen Schwierigkeiten, die aus der Lage im Osten sich für Ostpreußen ergeben können, zunächst ins Gleise zu bringen, hat sich aus Vertretern aller Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen ein interfraktioneller Ostpreußenausschuh gebildet, der als Ratgeber sich der Regierung zur Verfügung stellen will. Ein solches Organ ist um so notwendiger, als nach Privatmeldungen von der ostpreußischen Grenze die bolschewistischen Offiziere Befehle vorgezeigt haben, aus denen hervorgeht, daß die Russen entschlossen sind, in den Korridor einzumarschieren, um dadurch mit Deutschland eine trodene Grenze zu gewinnen. Der Erfolg dieses Vormarsches aber wäre, daß Ostpreußen zu Lande vollkommen von dem übrigen Deutschland abgeschnitten ist. Der Reichswahrminister ist bereits nach Ostpreußen gefahren. Voraussichtlich wird auch der Reichsminister des Innern in diesen Tagen nach Königsberg reisen, um sich durch persönlichen Augenschein davon zu überzeugen, welche Vorkehrungsmaßregeln noch weiterhin getroffen werden müssen.

Russische Truppenansammlungen an der ostpreussischen Grenze.

Aus Johannisburg wird gemeldet: Mittwoch und Donnerstag sind polnische Uebergriffe in größerer Anzahl erfolgt. Die Ansammlungen der Russen an der ostpreussischen Grenze nehmen größeren Umfang an. Auch Kavallerie sammelt sich jenseits der Grenze.

Französische Truppentransporte durch Oberschlesien?

Bei der Eisenbahndirektion Rattowitz ist ein geheimer telegraphischer Befehl der interalliierten Kommission eingelaufen, wonach am 8. und 12. August verschiedene Sammelzüge mit französischen Mannschaften, und zwar in den Stärken von 800, 380 und zuletzt 30 Mann über verschiedene Richtungen zuerst nach Oppeln und von dort gesammelt in größeren Transporten nach Oderberg, Pleß bezw. Jędrzejewo geleitet werden sollen. Ein weiterer Zug mit 200 Offizieren mit dem Bestimmungsort Swiecin wird ebenfalls angemeldet. Die Transporte enthalten außerdem reichlich Lebensmittel, Feldstücke und Munition. Das Telegramm besagt weiter, daß demnächst noch verschiedene andere Züge zu stellen seien. Die obersteleischen Eisenbahner befinden sich in begreiflicher Erregung. Falls die Eisenbahndirektion dem Verlangen der interalliierten Kommission nachgeben sollte, drohen die Eisenbahner mit der Stilllegung des gesamten Eisenbahnbetriebes in Oberschlesien.

Die militärische Lage

hat sich für Polen weiter verschlechtert, denn schon fliehen die Russen nach verschiedenen Blättermeldungen im Vorlande von Warschau, wo heftige Kämpfe stattfinden, ja sie sollen sogar, wie von der Front berichtet wird, die polnische Front zwischen Ostrolenka und Pulawki durchbrochen haben. Wenn sich diese Bewahrheiten sollte, so kann man damit rechnen, daß die bolschewistische Kavallerie vielleicht schon morgen oder übermorgen Warschau erreicht haben wird. Der letzte amtliche Militärbericht der Sowjetregierung vom 4. August 10 Uhr nachts lautet: Westlich von Bialystok setzen wir unsere Offensive erfolgreich fort. Unsere Truppen haben in der Richtung von Sedlce nach heftigen Kampf den Bug in einer Front von 100 Kilometern überschritten. Der Vormarsch unserer Truppen auf Warschau geht ohne größeren Widerstand vor sich. Der angekündigte polnische Gegenangriff zur Wiedergewinnung der Linie Grajewo-Ostrowice ist überhaupt nicht zur Entwicklung gekommen. In den Kämpfen der letzten Tage sollen die Bolschewisten zahlreiche Gefangene gemacht haben, darunter viele Jugendliche von 18 Jahren, mehrere Brigadeführer usw.

Der Kommandeur der 12. russischen Division erklärte ausdrücklich, daß strenger Befehl gegeben worden sei, die deutsche Neutralität an der Grenze zu respektieren.